

Sessionsvorschau Wintersession 2021– Netzwerk Kinderrechte Schweiz

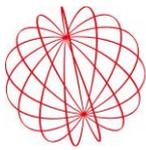
In der Wintersession sind verschiedene Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

Der **Nationalrat** befasst sich in der kommenden Session mit verschiedenen Geschäften, die für die Kinderrechte wichtig sind. Unter anderem ist die parlamentarische Initiative von Nationalrätin Nadine Masshardt traktandiert, die eine [Offensive in der politischen Bildung](#), vor allem an Berufsschulen, verlangt. Weiter wird sich der Nationalrat mit mehr [Chancengerechtigkeit für Jugendliche mittels Integrationsagenda](#) befassen. Die Motion der ständerätlichen Bildungskommission (WBK-S) beauftragt den Bundesrat, die Kantone bei der Umsetzung und der Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen (?) zu unterstützen. Der Ständerat hat der Motion bereits zugestimmt, ebenso die Mehrheit der nationalrätlichen Bildungskommission (WBK-N). Einen besseren Schutz der Jugendlichen vor Alkoholwerbung, insbesondere im Internet, will das Postulat «[Alkoholkonsum. Die Jungen sind der Werbung stark ausgesetzt!](#)» erreichen. Der Bundesrat sprach sich für die Annahme des Postulats aus. Er will in einem Bericht evaluieren, wie das geltende Recht v.a. online stärker durchgesetzt werden kann. Schliesslich befasst sich der Nationalrat mit einer Motion seiner Bildungskommission, die die [Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister](#) zum Ziel hat. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Annahme.

Beide Räte befassen sich zudem wie jede Wintersession mit dem [Voranschlag 2022 und dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025](#). Dabei werden auch die Kredite Kinderschutz und Kinderrechte neu gesprochen. Diese belaufen sich aktuell auf rund 2 Millionen Franken.

Im **Ständerat** ist vor allem die Motion von Ständerätin Eva Herzog zu erwähnen, die die [Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht](#) zum Ziel hat. Die Daten sollen Informationen zu Vorhandensein, Höhe und Dauer der festgelegten Unterhaltsbeiträge, sowie weiterer Aspekte von Unterhaltsvereinbarungen, wie z.B. Unterhaltsvereinbarungen, Trennungsvereinbarungen, Scheidungskonventionen oder Gerichtsurteile zu Sorgerecht, Obhut, etc., enthalten. Zudem wird der Ständerat zwei Standesinitiativen behandeln, die eine Beschränkung des zugesetzten Zuckers in Lebensmitteln ([Kanton Genf](#)) bzw. eine bessere Kennzeichnung des zugesetzten Zuckers in Lebensmitteln ([Kanton Fribourg](#)) verlangen. Die vorberatende Kommission hat beide Initiativen abgelehnt, der Ständerat befasst sich als Erstrat mit den Vorstössen.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag 29.11.2021	Dienstag 30.11.2021	Mittwoch 01.12.2021	Donnerstag 02.12.2021	Freitag 03.12.2021
Motion Masshardt Nadine Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse		Geschäft des BR	Geschäft des BR	
21.429		Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 21.041	Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 21.041	

Sessionswoche 1

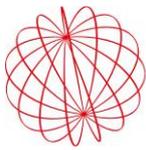
Ständerat

Montag 29.11.2021	Dienstag 30.11.2021	Mittwoch 01.12.2021	Donnerstag 02.12.2021	Freitag 03.12.2021
	Geschäft des BR Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben und Finanzplan 2023-2025			
	21.041			

Sessionswoche 2

Nationalrat

Montag 06.12.2021	Dienstag 07.12.2021	Mittwoch 08.12.2021	Donnerstag 09.12.2021	Freitag 10.12.2021
Motion WBK-SR Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz			Geschäft des BR Ev. Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025	
21.3964			21.041	
Motion WBK-NR Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister				
21.3981				



Sessionswoche 2

Ständerat

Montag
06.12.2021

Dienstag
07.12.2021

Mittwoch
08.12.2021

Donnerstag
09.12.2021

Freitag
10.12.2021

Geschäft des BR

**Ev. Voranschlag
2022 mit integrier-
tem Aufgaben- und
Finanzplan 2023-
2025**

21.041

Standesinitiative

Kt. Fribourg
**Für eine klare Darstel-
lung der Menge des
schnellen Zuckers in
Lebensmitteln**

21.315

Standesinitiative

Kt. Genf
**Für eine wirksame Ge-
sundheitsförderung.
Begrenzung des Zu-
ckergehalts in indust-
riell hergestellten Ge-
tränken und verarbei-
teten Lebensmitteln**

20.311

Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag
13.12.2021

Dienstag
14.12.2021

Mittwoch
15.12.2021

Donnerstag
16.12.2021

Freitag
17.12.2021

Postulat
Roth Franziska

**Diskriminierung psy-
chisch kranker Kinder
und Jugendlicher
durch unzulängliche
Finanzierungsmodelle**

19.4488

Geschäft des BR

**Ev. Voranschlag
2022 mit integrier-
tem Aufgaben- und
Finanzplan 2023-
2025**

21.041

**Ev. Voranschlag 2022
mit integriertem Aufga-
ben- und Finanzplan
2023-2025**

21.041

Parl. Initiative
Amherd Viola

**Cybergrooming mit
Minderjährigen endlich
unter Strafe stellen**

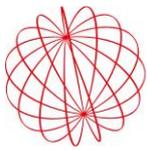
18.434

Postulat

Fehlmann Rielle Lau-
rence

**Alkoholkonsum. Die
Jungen sind der Wer-
bung stark ausgesetzt!**

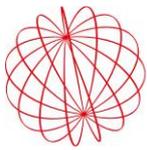
21.3817



Sessionswoche 3

Ständerat

Montag 13.12.2021	Dienstag 14.12.2021	Mittwoch 15.12.2021	Donnerstag 16.12.2021	Freitag 17.12.2021
	Motion Herzog Eva	Motion Mazzone Lisa		
Ev. Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025	Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht	Zweiwöchiger "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare	Ev. Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025	
21.041	21.4191	21.4331	21.041	



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Herbstsession 2021

Geschäft des Bundesrates

21.041

Voranschlag 2022 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025

National- und Ständerat werden während der Wintersession den Voranschlag 2022, sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2023-2025 beraten. Dabei werden auch die Kredite Kinderschutz und Kinderrechte neu gesprochen. Diese belaufen sich aktuell auf rund 2 Millionen Schweizer Franken.

Motion WBK-SR

21.3964

Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, 1. die Kantone bei der Umsetzung und Finanzierung von Massnahmen zur Förderung der Berufsbildungsfähigkeit von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-/EFTA- und Drittstaaten zu unterstützen; 2. zu diesem Zweck auch das Pilotprogramm "Integrationsvorlehre Plus" zu evaluieren, aufgrund der Erfahrungen bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen sowie die entsprechenden Bundesbeiträge an die Kantone zu verstetigen und 3. gemeinsam mit den Kantonen Massnahmen vorzusehen, um die Erreichbarkeit der Zielgruppe durch eine systematische Erstinformation sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Abklärungsangebote (Potenzialanalysen) zu verbessern. Der Ständerat hat der Motion bereits zugestimmt, ebenso die Mehrheit der nationalrätlichen Bildungskommission. Während der Wintersession wird sich nun der Nationalrat damit befassen.

Motion WBK-NR

21.3981

Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister

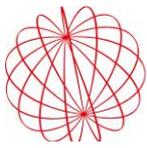
Der Bundesrat wird beauftragt, die im Bericht zum Postulat Fluri „Zugang zur Information über die elterliche Sorge“ angekündigte Machbarkeitsstudie so rasch als möglich durchzuführen und falls möglich, die rechtlichen Grundlagen für die Eintragung der elterlichen Sorge in die kantonalen Einwohnerregister schaffen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.

Motion Herzog Eva

21.4191

Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, eine Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht zu schaffen. Die zu erhebenden Mikrodaten sollen Informationen zu Vorhandensein, Höhe und Dauer der festgelegten Unterhaltsbeiträge in den Kategorien ehelicher (Art. 163 ZGB), nachehelicher (Art. 125 ZGB) und Kindesunterhalt (Art. 276 ff. ZGB), sowie bezüglich weiterer Aspekte von Unterhaltsvereinbarungen, Trennungvereinbarungen, Scheidungskonventionen, sowie Gerichtsurteilen enthalten (gesetzliche Grundlagen, Sorgerecht, Obhut, Besuchsrecht, Vorsorgeausgleich, Güterrecht, Annahmen bezüglich Erwerbseinkommen und Ausgaben). Die Daten sollen für Forschungszwecke mit weiteren Datenquellen verknüpft werden können. Der Ständerat behandelt die Motion als Erstrat.



Motion Mazzone Lisa

21.4331

Zweiwöchiger "Vaterschaftsurlaub" für alle Paare

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf einer Gesetzesänderung vorzulegen, mit welcher präzisiert wird, dass der Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen Dauer für alle Paare gilt und somit bei einem Frauenpaar auch der Ehefrau der Mutter zusteht. Der Ständerat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

Parlamentarische Initiative Amherd Viola

18.434

Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen

Die Initiative verlangt, Cybergrooming unter Strafe zu stellen und als Officialdelikt auszugestalten. Unter Cybergrooming versteht man das gezielte Anbahnen von sexuellen Kontakten durch Erwachsene mit Minderjährigen im Internet. Grundsätzlich sind bereits heute verschiedene Straftatbestände des Cybergroomings strafrechtlich erfasst, allerdings nicht vollständig. Cybergrooming darf nicht erst mit dem Treffen bzw. mit der Reise zum Treffen strafbar werden, sondern muss früher ansetzen und bereits die Vorbereitungshandlungen z.B. in sexualisierten Chats umfassen, in denen ein Treffen vereinbart werden will. Sexuelle Belästigung von Kindern im Netz müsse gemäss Initiative zudem generell als Officialdelikt ausgestaltet werden. Der Initiative wurde bereits Folge gegeben. Der Nationalrat wird über eine Fristverlängerung der Initiative abstimmen. Dies auch um ein vom Nationalrat überwiesenes Postulat abzuwarten, das klären soll, wie Cybermobbing und Cybergewalt besser bestraft und das Strafgesetzbuch entsprechend ergänzt werden könnte.

Parlamentarische Initiative Masshardt Nadine

21.429

Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse

Die Initiative verlangt, dass die politische Bildung in der Berufsbildung als besondere Leistung im öffentlichen Interesse definiert wird, damit sich der Bund im Rahmen der bewilligten Kredite auch an diesen Kosten beteiligen kann. Dazu soll das Berufsbildungsgesetz mit folgender Lit. ergänzt werden.

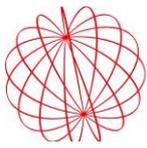
Artikel 55 Als besondere Leistungen im öffentlichen Interesse gelten namentlich: k. (neu) Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung. Die nationalrätliche Bildungskommission gab der Initiative mit 13 zu 12 Stimmen keine Folge. Nun wird der Nationalrat darüber befinden.

Postulat Roth Franziska

19.4488

Diskriminierung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher durch unzulängliche Finanzierungsmodelle

Der Bundesrat wird gebeten in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Finanzierung kinder- und jugendpsychiatrischer Institutionen zu steuern ist, dass Benachteiligungen vermieden werden. Im Speziellen soll er aufzeigen, wie teilstationäre Angebote in ausreichender Zahl und Grösse finanziell zu sichern sind. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.



Postulat Fehlmann Rielle Laurence

21.3817

Alkoholkonsum. Die Jungen sind der Werbung stark ausgesetzt!

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, um die Promotion von alkoholischen Getränken einzuschränken und dies vor allem bei Jungen. In der Schweiz hat eine repräsentative Umfrage von Sucht Schweiz gezeigt, dass Jugendliche auf Alkoholwerbung besonders sensibel reagieren. So wurde festgestellt: Je mehr die befragten Personen solche Werbung wahrgenommen hatten, desto häufiger gaben sie an, gelegentlich in riskanten Mengen zu konsumieren. Diese Korrelation ist vor allem in der Altersgruppe der 15-24-Jährigen festzustellen. Das digitale Marketing für Alkohol ist Tatsache und die Alkoholmarken nutzen die Online-Plattformen und soziale Medien, um ihre Produkte zu bewerben. Besonders die Jungen sind durch die Kommunikationskanäle, die sie nutzen, konstant mit Werbung konfrontiert. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats und möchte in einem Bericht evaluieren, wie die Durchsetzung des geltenden Rechtes zur Alkoholwerbung im Internet umgesetzt und verbessert werden könnte. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.

Standesinitiative Kanton Genf

20.311

Für eine wirksame Gesundheitsförderung. Begrenzung des Zuckergehalts in industriell hergestellten Getränken und verarbeiteten Lebensmitteln

Der Kanton Genf fordert den Bundesrat mittels dieser Standesinitiative auf, angesichts der schädlichen Auswirkungen von Zucker auf die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Zuckermenge, die bei der Lebensmittelherstellung zugesetzt werden darf, streng zu begrenzen. Der Kanton Genf hat bereits beschlossen, eine Steuer für den Zuckerzusatz in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Produkten einzuführen. Ziel der Steuer ist nicht, die Kosten auf die Konsumentinnen und Konsumenten abzuwälzen, sondern die Produzenten dazu zu bringen, den Zuckergehalt in den Lebensmitteln zu senken. Zusätzlich zur Einführung einer Steuer müsse das Problem auch direkt angegangen werden, indem der Zuckergehalt in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Lebensmitteln streng begrenzt wird. Die Bildungskommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben. Der Ständerat behandelt die Initiative als Erstrat.

Standesinitiative Kanton Fribourg

21.315

Für eine klare Darstellung der Menge des schnellen Zuckers in Lebensmitteln

Die Bundesbehörden werden eingeladen, die nötigen Gesetzesbestimmungen zu erlassen, namentlich eine Anpassung der Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV; SR 817.022.16), damit:

1. die Angabe des Zuckergehalts in der Nährwertdeklaration obligatorisch wird;
2. zudem eine lesbare und für Konsumentinnen und Konsumenten verständliche Kennzeichnung des Zuckergehalts obligatorisch wird. Die Bildungskommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben. Der Ständerat behandelt die Initiative als Erstrat. Die Thematik soll jedoch im Rahmen des angenommenen Postulats «Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Scores» behandelt werden.